

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Palm,  
Sehr geehrter Herr 1. Bürgermeister Geyer, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Soltys,  
meine Damen und Herren!

zunächst gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die enorme Arbeit, die sie mit dem Haushaltsentwurf geleistet haben. Ganz besonders gilt dies für die Stadtkämmerei. Herzlichen Dank!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wenn ich mir die Reden von Ihnen Herr Palm und Herr Geyer zur Einbringung des Haushalts 2015 genau anhöre, muss ich annehmen, uns stehen jene sieben mageren Jahre bevor, von denen das erste Buch Mose berichtet. Was mir noch nicht ganz klar ist, wer ist diesmal Josef und hat diesen Traum? Und wer ist der Pharao und muss nun die mageren Kühe wieder fett bekommen? Die zentrale Frage lautet doch. Was tun? Sollen wir möglichst alle Gebühren erhöhen? Und alle Projekte schieben? Zu diesem Fazit könnte man kommen, bei Herrn Geyers Worten am Schluss seiner Rede? Haben Sie es auch so gemeint Herr Geyer? Aber da Herr OB Palm, wie er selbst sagt auf liebgewordene rhetorische Schnörkel verzichtet hat, möchte ich es gleichsam tun.

Ich stelle Ihnen nun in der gebotenen Kürze die Anliegen meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Wir sind der Meinung, dass bei aller gebotenen Sorgfalt des Sparens und Haushaltens Gestaltungsspielräume vorhanden sind und wir diese auch nutzen sollten. Mit der gebotenen Sorgfalt im Interesse unserer Bürger müssen wir die Kuh, die da heißt Haushalt, wieder fett bekommen.

Hier gibt es zwei Wege, entweder den Rotstift ansetzen oder Einnahmen erhöhen. Zu letzterem: Fellbach leistet viel für seine Bürgerinnen und Bürger - und für seine Unternehmen. Stichworte der letzten Jahre wären vor allem das F3 Bad, der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die forcierte städtebauliche Entwicklung innerstädtischer Quartiere, die Ausweisung von neuen Industriegebieten und nicht zuletzt die aktuellen Straßenbaumaßnahmen im Zuge des Verkehrsentwicklungsplans. All diese Maßnahmen belasten den städtischen Haushalt und es muss gefragt werden dürfen, ob die Stadt einen Teil der Kosten auf Bürgerschaft und Betriebe Fellbachs umlegen darf. Wir meinen in Übereinstimmung mit der Stadtverwaltung: ja. Die Stadt sollte über eine moderate Erhöhung von **Grundsteuer und der Gewerbesteuer** und eine maximale der Vergnügungssteuer nachdenken dürfen. Die geplante Erhöhung um 10 Punkte bei der Gewerbesteuer und die Erhöhung der Grundsteuer in drei Jahren um 30 Punkte katapultieren Fellbach nicht an die Spitze der Gemeinden im Rems-Murr-Kreis. Bei der Gewerbesteuer stünden wir auf Rang fünf, bei der Grundsteuer auf Rang 3. Die ansässigen Betriebe und Grundeigentümer wissen die Vorteile einer guten Infrastruktur höher einzuschätzen, als ein paar Punkte Nachlass bei den Realsteuern. Da Fellbach durch einen Verzicht fast 5 Mio.€ bis 2018 in der Haushaltsplanung verlöre, sprechen wir uns für deren Erhöhung aus.

Die in Deutschland lebenden Menschen mit **Migrationshintergrund** haben sich größtenteils bestens integriert und zahlen in die Sozialkassen mehr ein als sie entnehmen. Auch die **Flüchtlinge** sind nicht hier, um Sozialleistungen zu erhalten, sondern sie suchen Zuflucht vor zumeist lebensbedrohenden Lebensumständen in ihren Heimatländern. Integration beginnt (Zitat) "sinnvollerweise am ersten Tag der Einreise und nicht Jahre später", wie der Oberbürgermeister von Goslar richtig feststellt.

Es waren die Ehrenamtlichen vom Freundeskreis für Flüchtlinge, die unsere syrischen Asylbewerber nach einer langen Reise in Fellbach mit einer ersten Mahlzeit begrüßten. Der Freundeskreis hilft bei Amts- oder Arztgängen, dolmetscht nach Möglichkeit, bietet Sprachkurse an, bereitet Kleider- und Fahrradspenden vor, organisiert Freizeitveranstaltungen, erklärt so nebenbei die Regeln unseres alltäglichen Lebens und führt die Flüchtlinge in unsere Kultur ein. Diese ersten Schritte können Weichen stellen für eine erfolgreiche Integration .

Fellbach muss alles tun, um die Arbeit des Freundeskreises zu unterstützen und die spontane Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht ins Leere laufen zu lassen. Ohne Unterstützung durch die Stadt kommt das Ehrenamt schnell an seine Grenzen. Ohne Ehrenamt wäre die Stadt ärmer. Inzwischen führen einige Flüchtlinge gemeinnützige Tätigkeiten durch und bekommen dafür eine Vergütung von 1 € 05 pro Stunde. Wir bedanken uns bei der Stadt für diese Initiative und bitten um eine Aufstockung des Kontingents an gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten, der Bedarf ist groß. Wir beantragen einen Runden Tisch Asyl, an welchem sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Kirchen, Vereinen, Verwaltung, Gemeinderat, Flüchtlinge und Freundeskreise treffen, um ein gemeinsames Vorgehen, vor allem in Bezug auf Arbeit und Wohnen der Flüchtlinge, zu erarbeiten.

Unsere Stadt hat ein Integrationskonzept, das Wege und Ziele der Integrationsarbeit definiert. Gerade hat seine Fortschreibung begonnen. Parallel dazu gibt es ein von uns seit langem gewünschtes Integrationsmonitoring, das die Rolle eines Frühwarnsystems erfüllt und die Basis für notwendige Kurskorrekturen darstellt. Hier gibt es Fördermittel vom Land. Zielgruppe des Integrationskonzepts sind alle Menschen mit Migrationshintergrund, also auch Flüchtlinge. Wie Pfarrer Gemmrich sagte: „Die Flüchtlinge von heute sind Migranten von morgen“.

Um eine weitere Gettoisierung der Fellbacher Asylbewerber zu vermeiden, wäre ein größeres Angebot an Wohnungen förderlich für die Integration. Da die Stadt selbst kaum eigene Wohnungsreserven hat, ist der private Wohnungsmarkt angesprochen. Das Landratsamt übernimmt hier die Kosten und bietet eine sichere Kalkulationsgrundlage für Vermieter. Die Stadt könnte offensiv für dieses Modell werben, mit Anzeigen, Aktionen und bekannten Gesichtern. Gerade für traumatisierte Flüchtlinge und Familien wäre die Unterbringung in Wohnungen eine gute Alternative zur Sammelunterkunft.

Dankenswerterweise hat die Kulturgemeinschaft unsere Anregung aufgenommen und den Flüchtlingen Karten zum Konzert der Musikschule angeboten. Dieses Angebot wurde freudig angenommen. Vielleicht könnten auch weitere Vereine, nach dem Vorbild des VfB in Stuttgart - einige Freikarten für ihre Veranstaltungen spendieren. Auch die Stadt könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen. Diese Freikarten-Aktion wäre sowohl für Flüchtlinge als auch für Menschen mit Behinderung sowie deren Begleitung von Interesse, oder für Bonus-Card-Besitzer.

Schon allein aufgrund des demografischen Wandels wächst die Zahl der Menschen mit **Behinderung** ständig. In ihrer Teilhabe an Politik, Kultur, Mobilität und Freizeit dürfen sie nicht eingeschränkt, sondern sie müssen in der freien Gestaltung ihres Lebens zur Selbstständigkeit unterstützt werden. Dies setzt Barrierefreiheit in der Stadtplanung voraus. Bei der anvisierten Neugestaltung der Bahnhofstraße als Einkaufsmeile der Stadt, sollten von Anfang an Rillensteine und andere Orientierungshilfen sowie Sitzgelegenheiten eingeplant werden.

Inklusion ist für uns Neuland und die Unterstützenden brauchen Schulungen, um mit dieser neuen Situation umgehen zu können. Just zu dieser Stunde wird eine von der Stadt finanzierte Schulung für Übungsleiter der Fellbacher Sportvereine durchgeführt – ein schönes Beispiel, wie die Stadt den Ehrenamtlichen unter die Arme greift. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht ein gemeinsames Konzept der inklusiven Angebote aller drei großen Sportvereine. Das Beratungsangebot für Vereine und Organisationen sollte ausgeweitet werden. Die Vernetzung von Menschen mit Behinderung, Firmen und ehrenamtlichen Berufspaten z.B. über Unterstützerbörsen kann die Integration in den Arbeitsmarkt fördern.

In Fragen der **Wohnbauentwicklung** Fellbachs stehen wir eindeutig zum Prinzip der Stadtverwaltung die da lautet: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Wir gehen sogar einen Schritt weiter und bestreiten die Notwendigkeit einer wesentlichen Außenentwicklung. Die Prognosen der Stadt zeigen, auch bei 100 Wohneinheiten pro Jahr kann der befürchtete demografischen Einwohnerschwund mittelfristig in Schach gehalten werden. Die aktuell von der Stadt angepeilten 135 Wohneinheiten pro Jahr halten wir für überzogen, sie führen zur unserer Ansicht nach unnötigen Überbauung von weiteren wertvollen Natur- und Landwirtschaftsflächen am Stadtrand. Fellbach ist in der glücklichen Situation, dass der partielle Strukturwandel vom Gewerbestandort hin zur Wohnstadt genug Innenflächen für Wohnbebauung beschert.

Auch die Stadt selbst hält in den nächsten Jahren einige wertvolle innerstädtische Grundstücke zur Entwicklung in Händen: Die Eisenbahnstraße und das ehemalige Freibadgelände mögen als Beispiele dienen. Hier muss die Stadt zeigen, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die Zeiten des Luxuswohnbaus in Fellbach sollten vorbei sein, Fellbach steht schon heute an 12. Stelle im bundesweiten Mietspiegel. Was viele Jahre nach dem Auslaufen des Fellbacher Modells notwendig ist, ist die Schaffung von Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen, für Senioren, junge Familien, Asylbewerber mit anerkanntem Aufenthaltsstatus, Migranten, ja selbst für Angehörige des öffentlichen Dienstes und aus Sozialberufen, für die es stellenweise schwer ist, noch bezahlbaren Wohnraum in Fellbach zu finden. Hier könnte das ehemalige Freibadgelände Modellcharakter erlangen an der Schnittstelle von Ökologie und Sozialer Wohnbauentwicklung. Der weitgehende Schutz des alten Baumbestandes muss einhergehen mit ökologischer Bauweise und sozialen Mietpreisen. Eine umfassende Bürgerbeteiligung und ein öffentlicher Architektenwettbewerb in der alten Kelter könnten das Projekt befördern.

Auf dem freien Wohnungsmarkt muss Fellbach endlich auf Programme setzen, die nach dem Vorbild von Großstädten wie Hamburg, München oder Stuttgart ein Bündnis für Wohnen nach Vorne bringen. Hier werden bis zu 30% des privaten Wohnneubaus durch Satzungen an soziale Vorgaben geknüpft, z.B. niedrigere Mieten. Auch an anderer Stelle könnte Fellbach von Stuttgart lernen: für das Rosensteinviertel plant OB Fritz Kuhn eine Quartiers-Entwicklung unter Bürgerbeteiligung, autofrei und in kleinen Parzellen statt riesigen Klötzen. Eine Kur, die auch Fellbach gut täte, nach den teilweise monströsen Blockbebauungen der letzten Jahre.

Für Menschen mit häuslicher Gewalterfahrung, aber auch für besonders traumatisierte Asylbewerbergruppen sollten Notwohnungen durch die Stadt eingerichtet werden, inklusive eines Betreuungskonzeptes durch Beratungsdienste.

Ein weiteres Bauprojekt von immensen Dimensionen, sowohl räumlich als auch finanziell, ist die Sanierung des Maickerschulzentrums. Die bisherigen Voruntersuchungen haben die Raumbedarfe einer zukunftsweisenden Schulpraxis formuliert, die Suche nach geeigneten

Standorten hat eine Reihe an unterschiedlichen Varianten hervor gebracht. Wir sprechen uns für eine weiterhin ergebnisoffene Standort-Diskussion aus, wobei unsere bereits dargestellte städteplanerische Grundmaxime eines weitgehenden Schutzes von wertvollen Natur- und Ackerflächen nicht aus den Augen verloren werden darf.

Bei all den umfassenden Bauprojekten liegt uns GRÜNEN der Arten- und Naturschutz besonders am Herzen. Die Stadt Fellbach ist aufgrund ihrer verstärkten Bautätigkeit weit davon entfernt, für die Zukunft Ökopunkte anzusparen, sie hat ein dickes Minus auf ihrem Konto. So schwierig die Berechnung und so kompliziert die Bilanzierung des Systems auch sein mag, ein Kataster der Ökopunkte bzw. Ausgleichsmaßnahmen und der zugrunde liegenden Eingriffe in die Natur ist unabdingbare Voraussetzung für weitere Planung. Wir ersuchen die Stadtverwaltung ein Ökokontokataster zeitnah vorzulegen. Nur mit dem Wissen um die Ausgleichsfähigkeit von Baumaßnahmen kann guten Gewissens weiter geplant und gebaut werden. Ohne dieses Wissen um das Ökopunktekonto baute man auf Sand.

Wie sieht heute urbane **Mobilität** aus? In manchen Städten kommt ein Drittel der Haushalte ohne eigenes Auto aus. Für sie stehen ÖPNV, Carsharing, Fahrräder, Pedelcs und Leih-Lastenräder zur Verfügung. Viele Menschen legen einen Teil ihrer Wege altmodisch – oder ganz modern – zurück, nämlich zu Fuß. Es entstehen immer mehr Spiel- und Fahrradstraßen, Parks und Grünflächen, auch als Patenschaftsprojekte. Die Stadt genießt neue Freiräume.

Die Ideen für ein lebendiges Fellbach sind einfach abzuleiten: Wir brauchen mehr Platz für Fuß- und Radverkehr sowie Vernetzung mit dem ÖPNV. Unser Bahnhof der Zukunft ist das Herz dieser Vernetzung.

Die Landes-Initiative Sicherer Schulweg erleichtert Kommunen die Organisation von Laufbussen. Besonders die Zeppelin-Schule hat sich hier seit Jahren mit entsprechenden Aktionen vorbildlich für die Reduzierung des allmorgendlichen Autoverkehrstourismus zu den Schulhöfen eingesetzt. Wir regen an, dass die Stadt über die Elternvertretungen der Grundschulen weitergehende Laufbus-Projekte anstößt. Wo nötig, sollte auch die Aufstellung von Schulwegplänen noch durchgesetzt werden, gerne auch mit Hilfe von Fachorganisationen wie ADFC oder VCD.

Bereits heute leben in Deutschland ca. 1,2 Millionen Menschen, die unter einer **Demenzerkrankung** leiden. Der größte Risikofaktor ist das hohe Lebensalter. Aufgrund einer alterten Gesellschaft gehen Hochrechnungen davon aus, dass sich die Zahl der Demenzerkrankten bis zum Jahr 2050 verdoppeln wird.

Fellbach hat ein gut ausgebautes ambulantes Versorgungsnetz. Wir haben vor kurzem eine Bezuschussung der Sozialstationen beschlossen. In Fellbach und Schmiden gibt es Altenhilfeeinrichtungen, in Oeffingen laufen gerade Planungen für eine weitere Einrichtung, die wir voll unterstützen. Überlegungen könnten ein Wohngruppenmodell sein, oder ein Mehrgenerationenhaus. Dieses hat für uns Grüne nach wie vor einen großen Charme. Wir möchten deshalb diese Idee weiterverfolgen. Wir brauchen ein vielfältiges Angebot, dazu gehören sowohl stationäre, als auch ambulante Hilfsangebote für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Was wir auch brauchen - und wir haben uns mit dem Arbeitskreis „Demenzfreundliche Kommune“ schon auf den Weg gemacht - ist eine Sensibilisierung der Menschen, der Institutionen, Vereine und Geschäfte. Ebenso selbstverständlich wie Menschen mit Behinderungen zu uns gehören, gehören auch Demenzerkrankte zu uns. Wir müssen nur lernen mit ihnen umzugehen. Hierzu bedarf es einer vermehrten Aufklärung und

Informationen für die Bürgerschaft, sowie weitere Schulungen im Umgang mit Demenzerkrankten, Beratungsangebote für Angehörige.

Wo die Stadt Einfluss auf Bauplanungen hat, sollte sie auf flexible Grundrisse achten, damit die wechselnden Anforderungen im Zuge des demografischen Wandels leichter umgesetzt werden können. Die gilt besonders für die alternde Gesellschaft.

Der Stadtseniorenrat regt an, beim Neubau von Bushaltestellen ein wenig aufs Gaspedal zu gehen, damit auch alle noch etwas vom seniorengerechten Ausbau haben. Deshalb beantragen wir, die bis 2018 eingestellten Mittel auf 2015/16 zu verteilen und den Projektfortschritt somit zu beschleunigen.

Im Rückblick auf die jüngere Geschichte der **Rhythmischen Sportgymnastik** in Fellbach bleiben wir stellenweise ratlos: eine Dacherhöhung vor etwa 10 Jahren, Rückforderung von Zuschüssen, der Ruf nach einer weiteren Dacherhöhung und nach erneuten Hallenausbauten im aktuellen Haushaltsentwurf... All das könnte den Eindruck eines Fasses ohne Boden vermitteln. Wenn, wie im Haushaltentwurf gefordert, ein knappes Viertel der Sportinvestitionen allein in diese Sportart fließen sollen, sehen wir diesen Aufwand mit Unbehagen; Und das insbesondere dann, wenn andere Ersatzinvestitionen wie die Kaltlufthalle beim Max-Graser-Stadion auf der Strecke bleiben sollen. Gerade dieses Projekt wird durch den STAFFEL'25-Prozess angeregt, vom Jugendgemeinderat begrüßt und natürlich von der sportbegeisterten Jugend in Alt-Fellbach und aus dem Lindle sehnlichst erwartet. Allein die Tatsache, dass der Gemeinderat 2013 die Mittel für die Kaltlufthalle in den Haushalt eingestellt hat, ist Grund genug, diese Ersatzinvestition für Sportfläche, die dem F3-Bad geopfert wurde, umzusetzen. Ob in 2015 oder 2016 ist noch diskutabel. Eine Streichung oder Verschiebung auf die ganz lange Bank, wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, können wir nicht mittragen zumal die Halle auch für kulturelle Zwecke genutzt werden kann.. Was die Investitionen in die RSG-Infrastruktur angeht: Ohne eine zumindest 10jährige Bestandsgarantie für den Bundesstützpunkt und ohne verbindliche, planbare Förderzusagen von Dritten, sehen wir für die weitere Bereitstellung von Mitteln von unserer Seite wenig Chancen. Selbstverständlich müssen auch sämtliche derzeit erhobenen Vorwürfe und offensichtlichen Organisationsmängel rasch geklärt und behoben werden.

Die **Interkommunale Gartenschau** im Remstal wirft ihre Schatten voraus, und die verheißen im Moment unvorhergesehene Mehrkosten für Verwaltung und Marketing des Events. Es ist von 450 Tsd. Euro für eine Große Kreisstadt die Rede plus Zusatzkosten. Wir GRÜNE begrüßen das Projekt, insofern es im Naturerlebnis den Gedanken der Nachhaltigkeit und hohe Wertigkeit ökologisch intakter Lebensräume stärkt. Eine geringe Erhöhung der Teilnahmekosten an der ikG könnten wir mittragen, wenn natürliche Rückzugsräume geschützt werden oder bleiben. Sollten die Verwaltungskosten insgesamt zu stark steigen, dann müsste auch über Einsparungen bei den Einzelaktionen nachgedacht, oder die Teilnahme ganz in Frage gestellt werden.

Diese Haushaltrede und sämtliche Anträge sind öffentlich zugänglich auf unserer Homepage [www.gruene-fellbach.de](http://www.gruene-fellbach.de)

## ANTRÄGE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir bedanken uns für den Haushaltsentwurf in digitaler Form. Zur weiteren Bearbeitung bitten wir auch um eine digitale Version der Stellungnahme der Verwaltung.

Viele wichtige städtische Prozesse werden von Arbeitsgruppen begleitet, in denen sich Gemeinderät/innen mit den ehrenamtlich tätigen Bürger/innen treffen. Um einen gleichen Informationsstand für alle zu gewährleisten, regen wir das Vorbereiten und Zuschicken der Vorlagen einige Tage vor den Sitzungen der Arbeitsgruppen an, entsprechend der gemeinderätlichen Praxis.

Wir beantragen eine Werbe- und Informationskampagne, um private Wohnungen für Asylbewerberinnen und –bewerber zu finden. Die Bürgerschaft soll informiert werden, dass die Miete für Asylbewerberinnen und –bewerber vom Kreis übernommen wird. Auch anerkannte Flüchtlinge sollten auf diesem Weg an Wohnungen kommen.

Ehrenamt kommt ohne städtische Unterstützung an seine Grenzen. Wir beantragen Erarbeitung eines Unterstützungskonzepts für den Freundeskreis für Flüchtlinge in Fellbach.

Wir bitten um Aufstockung der gemeinnützigen Tätigkeiten für Flüchtlinge.

Wir bitten die Verwaltung um Prüfung, inwieweit die Einwerbung oder Annahme von projektbezogenen Zuwendungen durch die Stadt rechtlich möglich ist, damit die Stadt, Vereine und andere Organisationen gemeinnützige Tätigkeiten der Asylbewerber/innen finanzieren können.

Bei der anvisierten Neugestaltung der Bahnhofstraße als Einkaufsmeile der Stadt, beantragen wir Einplanen von Rillensteinen und andere Orientierungshilfen sowie Sitzgelegenheiten.

Wir beantragen einen Runden Tisch Asyl, an welchem sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Kirchen, Vereinen, Verwaltung, Gemeinderat, Flüchtlinge und des Freundeskreises treffen, um ein gemeinsames Vorgehen, vor allem in Bezug auf Arbeit und Wohnen der Flüchtlinge, zu erarbeiten.

Zur Verbesserung der Evaluation des Natur- und Klimaschutzkonzeptes beantragen wir über die vom European Energy Award erhobenen Indikatoren hinaus das Maß von versiegelter Fläche pro Einwohner und das zurückgerechnet bis mindestens 2000, damit Veränderungen durch die Siedungspolitik sichtbar werden..

Für Besitzer der Fellbacher Bonuscard und Asylbewerber beantragen wir eine kostengünstige Ausgabe von Fellbachtickets, vergleichbar dem Kontingent an vergünstigten Eintrittskarten ins F3.

Wir beantragen eine Zusammenstellung der Preise und Verkaufszahlen des Fellbachtickets seit seiner Einführung.

Inzwischen wurden von der Verwaltung einige Fahrradverbindungen mit Wegweisern ausgeschildert. Das ist ein wichtiger Bestandteil der Fahrradförderung und auch des touristischen Konzepts der Stadt. Wir bitten um weiteren Ausbau.

Ausschilderung der Radwege ist nicht immer konsequent und eindeutig. Wir bitten um Kontrolle und gegebenenfalls Nachbesserungen unter anderem an diesen Stellen.

- Zweirichtungsweg in der Waiblinger Straße

- private Ausweisungen mit Zweiwegecharakter, z.B. vor der Südausfahrt vom REWE- und Norma-Parkplatz in die Stuttgarter Straße

Oft fehlen noch die Radwegefurten dort, wo der Radweg über einen Knotenpunkt führt. Wir bitten um Nachbessern (z.B. am Knotenpunkt Bühelstraße / Rommelshäuser Straße)

Manche Fahrbahn- und Radwegquerungen sind für ein ungeübtes Auge nicht eindeutig/verständlich, auch wenn StVO-konform. Enden Zebrastreifen gleich hinter der Fahrbahn und noch vor dem Radweg, ist es nicht klar, ob zu Fußgehende sich immer noch auf dem Fußgängerüberweg befindet und Vorrang hat. Deswegen entweder Zebrastreifen verlängern oder „roten Teppich“ ausrollen. Wir bitten um Beheben dieser Mängel, z.B. in der Bahnhofstraße oder in der Stuttgarter Straße vor dem dm-Markt.

In Ausnahmefällen empfehlen wir das Öffnen einiger Fußgängerwege für den Fahrradverkehr, gegebenenfalls auch in zwei Richtungen, z.B. südlich der Tournonstraße zur Lehmgrube und dem TSV Schmiden Gelände.

Der ADFC hat schon vor längerer Zeit moniert, dass zu selten Einbahnstraßen für Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben werden. Auch hier gibt es noch Verbesserungspotenzial. Wir beantragen das Öffnen weiterer Einbahnstraßen für Radverkehr.

Die Umfahrung des Rems-Murr-Centers wurde geplant, ohne Bedürfnisse des Radverkehrs zu berücksichtigen. Auch für den Fußverkehr ist sie gefährlich. Wir beantragen - wegen des sehr hohen Verkehrsaufkommens - eine dringende Erarbeitung eines Lösungskonzeptes für die Umfahrung und bitten um Vorstellung der Ergebnisse entsprechenden Gremien (GR, BA, VKA, UB).

Nach heutigem Wissensstand ist der überbordende Energiemaisanbau kontraproduktiv für Klima, Artenvielfalt - Stichwort Rebhuhn - und Bodenpreise in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Auf eine Anfrage unserer Fraktion in der Haushaltrede 2013 zum Thema Reduzierung von Energiemaisanbau für die Biogasanlage hin wurde von der Verwaltung ausgeführt, dass eine immissionschutzrechtliche Genehmigung der Biogasanlage durchgeführt werden soll, die deutlich mehr Abfallstoffe zulässt als bis zum damaligen Zeitpunkt. Wir beantragen einen Zwischenbericht über die genauen Veränderungen der verwerteten Gärsubstrate über die Gesamtlaufzeit des Projektes und einen Planungskorridor zur weiteren Reduktion von Energiemaisanbau auf Fellbachs Feldern.

Wir beantragen eine von der Wirtschaftsförderung angestoßene, vom Stadtmarketing umgesetzte Einrichtung eines Fair-Kaufsführers, der den Handel mit fair hergestellten Produkten beleben soll. Angesichts der nicht unerheblichen öffentlichen Fördermittel fürs Stadtmarketing ist die Erfüllung dieser Aufgabe auch für Nicht-Mitglieder zweifellos geboten. Beraten kann der Runde Tisch Nachhaltigkeit, der die Idee erarbeitet hat. Ein Start der Aktion könnte ein wichtiger Baustein in den Fellbacher Weltwochen 2015 werden.

Wir beantragen eine Erhaltung der Mittel für Wohnbauförderung für Familien bei 150 Tsd. €. in der mittelfristigen Finanzplanung oder ersatzweise eine Streichung und Zuführung in den Sozialen Wohnungsbau der Stadt.

Die städtischen Grundstücke der Innenentwicklung sollen künftig überwiegend dem ökologischen und Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Beim Freibad ist auf weitgehenden Erhalt der alten Baubestandes zu achten. Für die Projektentwicklung Freibadgelände regen wir weitgehende Bürgerbeteiligung und einen öffentlichen Architektenwettbewerb an.

Wir beantragen die Einführung sozialer Wohnbausatzungen nach dem Vorbild Münchens, Stuttgarts oder Hamburgs, die im privaten Wohnbausektor soziale Nutzungsquoten vorschreibt.

Wir beantragen die zeitnahe Erarbeitung eines Ökopunktekatasters, dass Ausgleichs- und Baumaßnahmen in Beziehung setzt.

Wir beantragen die Einrichtung von Notwohnungen für Menschen mit häuslicher Gewalterfahrung oder traumatisierte Asylbewerber inklusive eines Betreuungskonzeptes durch Beratungsdienste.

Nachdem Im STAFFEL-Prozess zahlreiche Bürgerstimmen laut wurden für mehr grün in Fellbach, sind wir zuversichtlich, dass bürgerschaftliches Engagement in Sachen Grünflächengestaltung erfolgreich sein kann. Deshalb beantragen wir die Erarbeitung eines Konzeptes der Übernahme von Bürgerpatenschaften für öffentliche Abstandsrundgrünflächen und Straßenbegleitgrün. Die konzeptionelle Steuerung könnte über den Runden Tisch Nachhaltigkeit laufen, der gerade ein Urban-Gardening-Projekt ins Leben ruft.

Wir beantragen die Realisierung der Kaltlufthalle beim Max-Graser-Stadion, wie sie im STAFFEL-Prozess, vom Jugendgemeinderat und dem Jugendhaus favorisiert wird innerhalb der nächsten zwei Jahre.

Wir fragen an, ob die Erhöhung der Sporthalle des RSG-Stützpunktes zum dauerhaften - Anstieg der Betriebskostenzuschüsse führt und wenn ja, in welcher Höhe.

Wir beantragen die Verwaltung auf, über die Elternvertretungen der Grundschulen und unter Rückgriff auf die erarbeiteten Schulwegpläne die Organisation von Laufbussen anzustoßen. Wo noch keine Schulwegpläne erarbeitet wurden, soll dies nachgeholt werden. In diesem Zusammenhang wollten wir nachfragen, was der angekündigte Runde Tisch Sicherer Schulweg für Ergebnisse gezeitigt hat, der in Beantwortung unserer Anfrage vor einem Jahr versprochen wurde.

Wir fordern, die bis 2018 eingestellten Mittel zum Bushaltestellenausbau auf 2015/16 zu verteilen und den Projektfortschritt somit zu beschleunigen.

Wo die Stadt Einfluss auf Bauplanungen hat, soll sie auf flexible Grundrisse achten, damit die wechselnden Anforderungen im Zuge des demografischen Wandels leichter erfüllt werden können. Die gilt besonders für die alternde Gesellschaft.

Wir reden über Kommunalpolitik. Aber wir dürfen die großen Zusammenhänge nicht aus den Augen verlieren. Mit TTIP wird uns Wohlstand und Arbeit versprochen. Was uns aber in der Kommune besonders betrifft, ist vermehrte Liberalisierung und Privatisierung durch Marktzugangsverpflichtungen. Damit das Freihandelsabkommen die Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip nicht gefährdet, sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Verhandlungen öffentlich werden und Vertreter von Kommunen daran teilnehmen. Wie es zahlreiche andere



Städte und Kommunen getan haben, beantragen wir, eine entsprechende Resolution zu verabschieden.

Wir ersuchen die Verwaltung, künftige eigene Hochbauten nach dem System NBBW - Nachhaltig Bauen in Baden-Württemberg - zu realisieren, oder zumindest die Realisierung anhand der systeminternen Nachhaltigkeitskriterien zu kalkulieren und gegen die Kosten in konventioneller Realisierung abzuwägen. Dabei sind Fördermittel für nachhaltiges Bauen mit einzuberechnen.

Das Schulungs- und Beratungsangebot zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen für Vereine und Organisationen sollte ausgeweitet werden. Die Vernetzung von Menschen mit Behinderung, Firmen und ehrenamtlichen Berufspaten z.B. über Unterstützerbörsen kann die Integration in den Arbeitsmarkt fördern.

Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob sie in ihrer Beratungstätigkeit auch auf peer-counseling-Angebote zurückgreifen kann.